

Unterstützung für bilaterale und multilaterale Vereinbarungen

Der Vertreter in der estnischen Expertenkommission für pensionierte Militär-angehörige

Hauptaufgabe des Vertreters ist die Teilnahme an der Arbeit der estnischen Expertenkommission für pensionierte Militärangehörige. Diese richtet an die Regierung Empfehlungen betreffend die Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen für pensionierte russische Militärangehörige, die nach dem Abzug des Großteils der russischen Streitkräfte 1994 in Estland geblieben sind.

Aktivitäten und Entwicklungen

Im Zuge von vier Sitzungen der Kommission, deren abschließende im August stattfand, leistete der OSZE-Vertreter wie bisher Unterstützung bei der Bearbeitung von Anträgen auf – meist befristete – Aufenthaltsgenehmigung.

Unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen. Als Ergebnis der Harmonisierung mit einer Richtlinie des Rates der Europäischen Union aus dem Jahr 2003 trat am 1. Juni eine Novelle zum Fremdenrecht in Kraft. Nun haben alle Staatsangehörigen von Drittstaaten, darunter auch pensionierte Militärangehörige, Anspruch auf langfristige Aufenthaltsgenehmigungen, wenn sie verschiedene Voraussetzungen erfüllen. Nach dem novellierten Gesetz werden pensionierte Militärangehörige nicht mehr als eigene Gruppe behandelt und der Staatsbürgerschafts- und Migrationsrat bearbeitet nun alle ihre Anträge auf Aufenthaltsgenehmigung.

Die Kommission, die nach Bearbeitung von rund 26.400 Fällen seit ihrer Einsetzung 1993 ihre Aufgabe nunmehr erfüllt hat, stellte mit 1. September ihre Tätigkeit ein, und ihr Mandat endete 2006.

OSZE-Vertreter: Uwe Mahrenholtz
Revidierter Gesamthaushalt: € 101.600

Der Vertreter in der lettisch-russischen Gemeinsamen Kommission für pensionierte Militärangehörige

Der Vertreter leistete weiter Hilfestellung bei der Umsetzung des Abkommens von 1994 zwischen der lettischen und der russischen Regierung über soziale Garantien für die in Lettland wohnhaften pensionierten Militärangehörigen der Russischen Föderation und ihre Familien.

2006 waren insgesamt 16.739 Personen anspruchsberechtigt nach diesem Abkommen, 463 weniger als im Jahr 2005. Bei Abschluss des Abkommens 1994 waren es 22.320 Personen.

Aktivitäten und Entwicklungen

Wohnrechtsfragen. Wie schon in den vergangenen Jahren konzentrierten sich 2006 die Gespräche in der Kommission auf Fragen rund um die mögliche Delogierung pensionierter Militärangehöriger und ihrer Familien aus sogenannten „entstaatlichten“ Wohnungen. Nach Verabschiedung eines Gesetzes zur Regelung der Rückgabe von verstaatlichtem Eigentum an die rechtmäßigen Eigentümer oder deren Nachkommen räumte Lettland den heutigen Besitzern dieser Wohnungen einen Aufschub von sieben Jahren ein und legte nach Ablauf dieser Frist zusätzliche Sonderbedingungen für pensionierte Militärangehörige und deren Familien sowie für andere Betroffene fest. Dazu zählten finanzielle Unterstützung und bevorzugter Zugang zu Sozialwohnungen. Angesichts der budgetären Zwänge muss für Anträge auf Sozialwohnungen eine Warteliste angelegt werden, und die zuständigen lettischen und russischen Behörden arbeiten eng zusammen, um mögliche Härtefälle zu lösen.

Erfolgreicher Beginn des Umsiedlungsprogramms. Ein von Lettland finanziertes Umsiedlungsprogramm für pensionierte Militärangehörige, die Lettland verlassen und sich auf Dauer im Ausland niederlassen wollen, startete am 1. Januar. Bis Ende des Jahres hatten im Rahmen dieses Programms 91 Umsiedler finanzielle Unterstützung erhalten. Das Programm wird 2007 fortgesetzt, wobei annähernd dieselbe Zahl von Antragstellern zu erwarten ist.

OSZE-Vertreter: Helmut Napióntek
Revidierter Gesamthaushalt: € 8.200